



Standpunkte.

Bericht aus Berlin | Ausgabe: 27. April 2022 |
Mit Herz und Leidenschaft für Hochtaunus & Oberlahn

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

als Parlamentarier begann auch diese Woche für mich mit Erstaunen und Rätseln über das Führungs- und Kommunikationsverständnis des Bundeskanzlers. Es verfestigt sich ein gewisser Eindruck, wenn man das Zögern und Zaudern aus dem Kanzleramt im Zusammenhang mit dem übrigen Regierungsmangement der letzten Wochen sieht: Gescheiterte Impfpflicht, unterlassene Führung statt angekündigter Führungsstärke und eine überraschte europäische und internationale Beobachterszene, die irritiert auf die Debatten in unserem Land schaut. Es ist keine Überraschung für mich, dass sich die wahrnehmbarsten Kritiker der aktuellen Regierungspolitik aus den Reihen der Ampel-Koalition speisen. Ein jüngeres Interview des Bundeskanzlers, indem er einige parlamentarische Kolleginnen und Kollegen salopp als „Jungs und Mädels“ bezeichnet, offenbart zugleich ein abgehobenes und arrogantes Verständnis über das Verhältnis von Regierung und Parlament.

Die Bürgerinnen und Bürger sowie meine Mitstreiter im Wahlkreis und in Berlin wissen, dass ich kein Anhänger von Fundamentalopposition bin. Für sachliche Erwägungen und Dilemmata habe ich Verständnis und Nachsehen. Beispiel Ukraine-Unterstützung: Selbstverständlich muss jeder deutsche Bei-

trag und jede nationale Maßnahme von Waffenlieferung bis Energiebezug in Ansehung der erwartbaren und möglichen Auswirkungen beurteilt werden. Wenn der Kanzler also statt der Herabsetzung von Wirtschaftswissenschaftlern oder dem Angang von Parlamentariern darlegte, welche sachlichen Erwägungen seine Abwägungen trügen, wäre die öffentliche, politische und mediale Kritik sicherlich nicht in diesem Maße entstanden, dass selbst auf dem Parteitag der FDP eine demonstrative Vertrauensbekundung erforderlich wurde.

Vor diesem Hintergrund freue ich mich aber dennoch, dass es in Zeiten der Irritation über Regierungsführung auch vorzeigbare parlamentarische Ergebnisse gibt. In dieser Woche haben sich Union und Ampel über einen gemeinsamen Antrag zur Ukraine verständigt. Auch das Bundeswehr-Sondervermögen, das verfassungsrechtlich eine Zweidrittel-Mehrheit unter Beteiligung der Union erfordert, war erstmals Gegenstand der Parlamentsberatung. Im Blick müssen wir weiterhin behalten, dass es nicht nur in Fragen der Geopolitik eine Zeitenwende gibt. Der Klimawandel bleibt als eine der großen Menschheitsherausforderung auf der politischen Agenda des Bundestags.

Herzlichst, Ihr Markus Koob



Schwerpunkte der Woche | 25.-29. April 2022

- Deutscher Beitrag zur Unterstützung der Ukraine
- Bundeswehr-Sondervermögen
- Aktuelle Debatte zu den Folgen des Klimawandels

Deutsche Unterstützung für die Ukraine

Putins verbrecherischer Angriffskrieg nimmt neue Formen an und dehnt sich auf neue Schauplätze aus. Die zahlreichen Kriegsverbrechen an der ukrainischen Zivilbevölkerung machen es erforderlicher denn je, dass wir noch entschlossener handeln, um die Ukraine bei ihrem Recht auf Selbstverteidigung und Selbstbestimmung, bei der Wiedererlangung von Frieden in ihrem Land weiterhin Unterstützung zu unterstützen. Selbstverständlich auch militärisch mit der Lieferung schwerer Waffen als Ergänzung weiterer finanzieller, militärischer und humanitärer Unterstützungsmaßnahmen. Die Union hat in dieser Woche zwei Teilaspekte besonders hervorgehoben. Erstens ist es in dieser stetig eskalierenden Phase des Krieges dringend erforderlich, die Verteidigungsfähigkeit der Ukraine zu stärken. Und außerdem müssen wir uns bei unserem Bemühen im Gleichklang mit NATO- und EU-Partnern befinden. Auf dieser Grundlage hat unser Partei- und Fraktionsvorsitzender Friedrich Merz den Ampel-Koalitionären die Bereitschaft zu einem gemeinsamen Parlamentsantrag signalisiert und mit ihnen eine Einigung hierüber erzielen können.

Unser gemeinsamer Antrag dokumentiert die Geschlossenheit der demokratischen Kräfte in unserem Land und signalisiert: Deutschland steht fest an der Seite der Ukraine in ihrem Freiheitskampf. Die Unterstützung des Selbstverteidigungsrechts der Ukraine ist bedeutend für den Schutz von

Frieden und Freiheit in Europa und auch die Suche nach einer diplomatischen Lösung. •

Bundeswehr und langfristig stärken.

Die Diskussion um das „Sondervermögen für die Bundeswehr“ bewegt sich nicht von der Stelle. Der bisherige Vorschlag der Ampelkoalition für die Ausgestaltung bleibt hinter unseren Erwartungen zurück. Die Rechtssetzung in Bezug darauf wird eine Verfassungsänderung erforderlich machen, um die wesentlichen Bestimmungen des Sondervermögens in der Verfassung zu verankern. Das Hauptziel liegt dabei in der Stärkung der Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit Deutschlands. Zur Realisierung eines breiten und modernen sowie innovatorientierten Fähigkeitsspektrums werden Großvorhaben mit großen Finanzvolumina zu stemmen sein. Unsere Sicht: Das 100-Mrd-Paket muss so wirken, dass es die Bundeswehr langfristig stärkt. Wir haben unsere Forderungen auf den Tisch gelegt: Die Verteidigungsausgaben müssen dauerhaft und unabhängig vom Sondervermögen auf zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes steigen. Das Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro muss konkret für die Ertüchtigung der Bundeswehr verwendet werden. Vor Verabschiedung des Sondervermögens muss klar sein, was mit dem Geld für die Bundeswehr erreicht wird. Das Beschaffungswesen muss grundlegend geändert werden. Und: Wir brauchen auch einen Tilgungsplan für die zusätzlichen Schulden. •

In dieser Woche: Zwei wichtige Debatten zum Klimawandel.

Zwei Mal stand die Bekämpfung des Klimawandels und Klimaanpassung in dieser Woche auf der Agenda des Deutschen Bundestags und erinnert uns neben dem Ziel der „Zeitenwende“ in der internationalen Politik daran, dass unsere Aufmerksamkeit parallel auch anderen Menschheitsherausforderungen gilt. Am Mittwoch debattierte der Bundestag im Rahmen einer Aktuellen Stunde zum jüngst veröffentlichten Sonderberichts des Weltklimarats (IPCC), am Donnerstag folgte dann eine Debatte anlässlich des von uns eingebrachten Antrages „Klimaanpassung forcieren“.

Obwohl seit Jahrzehnten klar ist, dass die Treibhausgasemissionen sinken müssen, um dem Klimawandel und der Erderwärmung Einhalt zu gebieten, entwickelt sich die Emissionsbilanz in eine andere Richtung. Zwar hat sich das Wachstum im vergangenen Jahrzehnt etwas verlangsamt und wurde durch die Corona-Pandemie kurzfristig sogar gestoppt. Doch liegen die Emissionen heute höher als jemals zuvor. Das ist die Bilanz des jüngst veröffentlichten Sonderberichts des Weltklimarats (IPCC).

Der menschengemachte Klimawandel findet bereits statt und negative Auswirkungen sind nicht vollumfänglich aufzuhalten. Folglich gilt es, einerseits möglichst viel Treibhausgase z.B. durch den Einsatz alter-

nativer Technologien und Energieerzeugungsformen erst gar nicht entstehen zu lassen, andererseits im Sinne des Vorsorgeprinzips Klimaanpassungsmaßnahmen zu ergreifen, um auf die bestehenden und nicht mehr vermeidbaren Folgen des Klimawandels bestens vorbereitet zu sein. CDU und CSU haben in ihrem gemeinsamen Wahlprogramm ein nationales Klimaanpassungsgesetz zur Daseins- und Zukunftsvorsorge vorgeschlagen. Dieser Vorstoß wurde von den Regierungsfractionen aufgegriffen, die ein Klimaanpassungsgesetz angekündigt haben. Bloß: Seit der Ankündigung ist nicht viel passiert.

Daher haben wir in dieser Woche zum Handeln aufgefordert: Die Ampel-Regierung muss auch bei diesem Thema endlich vom Findungs- in den Handlungsmodus kommen. Dabei müssen wir kritisch bemerken, dass das vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) Ende März vorgestellte „Sofortprogramm Klimaanpassung“ dem interdisziplinären Thema Klimaanpassung nicht gerecht wird, unnötige Doppelstrukturen schafft und letztlich nur ein Tropfen auf den heißen Stein darstellt. Als Außenpolitiker liegt mir am Herzen, den besonderen Wert der Klimaaußenpolitik zu betonen und hierbei den Schulterschluss in der internationalen Gemeinschaft zu fördern. Das geschieht bereits, indem wir uns in Europa hinsichtlich der Energieversorgung einen Ausstiegsplan bei russischen Fossilenergie-Importen (der aus meiner Sicht schneller gehen sollte) erarbeiten und zur konsequenten Durchsetzung bringen. Diesen Geist der Entschlossenheit und globaler Kooperation

wünsche ich mir auch für den Prozess des Pariser Klimaabkommens. •

Viele Treffen mit Gesprächspartnern zu internationalen Themen.

Als Mitglied des Auswärtigen Ausschusses habe ich ein besonderes Augenmerk auf die Regionen, die zu meinem Arbeitsgebiet zählen. Der permanente Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern von Regierungs- wie Nichtregierungsorganisationen liegt mir daher sehr am Herzen.

In dieser Woche hatte ich die Gelegenheit, mich mit dem australischen Botschafter Philip Green über bilaterale deutsch-australische Themen, aber auch über globale Herausforderungen auszutauschen. Auch wenn unsere Länder geografisch nicht weiter auseinanderliegen könnten, teilen wir dennoch gemeinsame Interessen – gerade in Bezug auf Sicherheits- und Handelsfragen.



Mit meiner Kollegin Annette Widmann-Mauz konnte ich mich mit Herrn Patrick

Dadzie von der Nichtregierungsorganisation „Togo Focus“ austauschen. Der Verein engagiert sich in Fragen der Demokratieförderung und Rechtsstaatlichkeit – derzeit noch mit Fokus auf das kleine westafrikanische Land, in Zukunft jedoch mit einem breiteren regionalen Ansatz. Togo zählt zu den ärmsten Ländern der Welt und hat gleichzeitig enorme demokratische Defizite. Hier wünscht man sich ein stärkeres Engagement Deutschlands innerhalb Europas für die Region, um gerade auch der Perspektivlosigkeit junger Generationen entgegenzuwirken.



Am Rande dieser Plenarwoche konnte ich außerdem mit vier Auslandsmitarbeitern der Konrad-Adenauer-Stiftung zu Themen und Herausforderungen im südostasiatischen Raum sprechen. Themen waren hier u.a. die schwierige Lage in Myanmar nach dem Militärputsch im vergangenen Jahr, die Aussichten vor den anstehenden Präsidentschaftswahlen auf den Philippinen, aber auch die Einschränkungen, denen die Arbeit der KAS vielerorts in der Region unterliegt. Der inhaltliche Austausch mit Expertinnen und Experten der KAS ist für mich als Außenpolitiker stets sehr wertvoll. •